

Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

14. September 2021

GDL: Ohne Streik wird sich nichts verändern.	2
BMW: Zwei Kollegen vor Gericht – „Die Kriegsverbrecher gehören auf die Anklagebank“ ..	3
Parkstadt Schwabing: Gut Ding will Weile haben	4
Bundestagswahl: Veränderung braucht Druck von unten	5
Afghanistan: Brandstifter als Brandbekämpfer – Ursachen der Katastrophe	8

Gemeinsam gegen Werksschließung bei Bosch

Klimaaktivisten unterstützen die Kolleginnen und Kollegen in ihrem Kampf.



Foto: Aaron Karasek

280 Kolleginnen und Kollegen des Bosch-Werkes in Berg am Laim, die Elektrostoffpumpen und Einspritzventile für Diesel- und Benzinmotoren produzieren, sollen gefeuert werden.

Wie die *Süddeutsche Zeitung* am 11. August berichtete, macht sich der zuständige IG-Metall-Sekretär Sascha Wojtkowski keine Illusionen: „Hier werden Produkte hergestellt, die Mitte der 2030er-Jahre keiner mehr haben will.“

Seit 2005 hat sich die Belegschaft dem Druck der Kapitalisten gebeugt und Zugeständnisse gemacht. Und jetzt soll Schluss sein. „Sobald die Verlagerung beginnt,

werden wir uns alle an den Anlagen anketten, um genau das zu verhindern. Der Standort soll nicht geschlossen werden, weil er keine Zukunft hat, sondern aus reiner Profitgier. Wir haben unserer Werkleitung ein Alternativkonzept vorgelegt, wie wir die Werksschließung verhindern können. Wir kämpfen um eine Zukunft des Standorts und akzeptieren die Schließung nicht!“, erklärt ihr Betriebsratsvorsitzender Giuseppe Ciccone kämpferisch.

Mit einer Demonstration am 3. September solidarisierten sich Klimaaktivisten mit den Kolleginnen und Kollegen. Mit vielen Schildern, kämpferischen Parolen

und gemeinsam mit den Beschäftigten des Bosch-Werkes sind sie unter dem Motto „Es geht um unsere Zukunft!“ auf die Straße gegangen. „Die Produktion rein nach Profit trifft die Beschäftigten, die nun einfach auf die Straße gesetzt werden sollen“, erklärte Mia von „Klimaschutz und Klassenkampf“, „Aber sie trifft auch uns alle – denn mit einem bewohnbaren Planeten ist diese Art des Wirtschaftens nicht vereinbar!“ Weiterhin forderten sie die Umstellung der Produktion hin zu klimafreundlichen und gesellschaftlich nützlichen Produkten. ■RW

Am 10. September besetzte das Bündnis „Smash IAA“ den zentralen Stand von Bosch auf der IAA. Andere zogen zum Bosch-Werk nach Berg am Laim. In ihrer Presseerklärung schreiben sie: „Unsere Pläne für die Zukunft sind nachhaltiger und überfällig: Enteignung und Vergesellschaftung! Das deutsche Autokapital zeigt, wie notwendig ein Bruch mit dieser sozialen Ordnung ist!“

Ohne Streik wird sich nichts verändern!

Münchner Trambahner und Trambahnerinnen erklären sich solidarisch mit der GDL.



Sie, die Richter am Arbeitsgericht bzw. Landesarbeitsgericht, sind mit Sicherheit keine Freunde der GDL. Doch selbst sie kommen nicht umhin festzustellen, dass die Forderungen der GDL rechtens sind: 3,2 Prozent bei einer Laufzeit von 28 Monaten, davon 1,7 Prozent dieses Jahr. Weiterhin eine Corona-Prämie von 600 Euro und eine Reform der Betriebsrenten. Dafür werden sie landauf landab kritisiert und übelst beschimpft, nicht zuletzt vom DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann: „Was wir kritisch sehen, ist, dass hier eine Berufsgruppe wie die Lokführer ihre partikularen Interessen gegen das Gesamtinteresse aller anderen Bahn-Beschäftigten durchsetzt“, so Hoffmann in der Rheinischen Post vom 4. September. Nur zur Erinnerung, Kollege Hoffmann.

Mit 3,2 Prozent Lohnerhöhung in zwei Jahren und einer Corona-Sonderzahlung von 600 Euro hat Verdi für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im vergangenen Herbst ein respektables Tarifergebnis unter schwierigen Rahmenbedingungen erzielt. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Dass sich die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) im laufenden Tarifkonflikt bei der Bahn AG an diesem Resultat orientiert, belegt, dass ihre Forderungen – anders als von der Konzernspitze gerne dargestellt – keineswegs überzogen sind. ■ RW

AufDraht

Herausgeber:

DKP München & Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München
Mail: auf.draht@gmx.de
<https://dkp-muenchen.de> • www.kaz-online.de
Druck: Eigendruck im Selbstverlag

München, 28. August 2021



Werter Kollege Hoffmann,

auf der Kundgebung der streikenden Eisenbahner haben wir uns mit folgende Grußadresse an die versammelten Kolleginnen und Kollegen gewandt:

Wir Trambahnfahrer hier in München bei der MVG sind voll und ganz solidarisch mit Euch. Euer Streik ist richtig! Egal, ob es um Euch geht, oder um uns, die Pflegekräfte, die Beschäftigten im Einzelhandel, der Post, die Erzieherinnen oder viele, viele anderen.

Wir waren es, die während der Pandemie immer da waren. Wir waren es, die vor der Pandemie immer da waren und Wir sind es, die auch nach der Pandemie da sein werden.

Wir sind es, die an einem Tag Applaus bekommen, und am nächsten Tag die Watschn.

Wir sind, wenn wir schufteten, die „Helden“, und wenn wir streiken, dann sind wir die „Terroristen“, ein „Anschlag auf die Öffentlichkeit“ wurde uns vorgeworfen.

SO ging es uns im Oktober letzten Jahres, so geht es Euch heute.

Aber wir wissen: OHNE STREIK WIRD SICH NICHTS VERÄNDERN!

Ähnlich sieht es bei den großen Themen Klimawandel und Verkehrswende aus.

Es gehört nicht viel dazu, um zu erkennen: Ohne die Schiene, ohne einen großen Plan zum Ausbau von Bahn und ÖPNV gibt es keine Verkehrswende. Dazu muss alles wieder in die Öffentliche Hand. Rücknahme aller Privatisierungen!

Statt weiter unser Geld nochmal und nochmal in die Auto-Industrie zu stecken und damit zu verpulvern, muss gelten: Radikaler Ausbau von Bahn und ÖPNV! Nachhaltigkeit beginnt bei den nachhaltig guten Löhnen für die Arbeiter bei der Bahn und ÖPNV. Sonntagsreden und Stimmzettel führen uns nicht dorthin.

OHNE STREIK – WIRD SICH NICHTS VERÄNDERN!“

Dies ist die einzige Haltung die ein Gewerkschafter, der die Interessen seiner Klasse vertritt, einnehmen kann. Demgegenüber haben wir erfahren, dass Du öffentlich dem Streik der Eisenbahner die Legitimation abgesprochen hast und behauptet hast, sie hätten kein Mandat, weil sie weniger Mitglieder (wohl wie die EVG) hat. Du gehst damit sogar hinter das Bundesverfassungsgericht zurück, das eindeutig festgestellt hat:

Dagegen wird das in Art. 9 Abs. 3 GG geschützte Recht, mit den Mitteln des Arbeitskampfes auf den jeweiligen Gegenspieler Druck und Gegendruck ausüben zu können, um zu einem Tarifabschluss zu gelangen, durch das Tarifeinheitsgesetz nicht angetastet. Die Unsicherheit im Vorfeld eines Tarifabschlusses über das Risiko, dass ein Tarifvertrag verdrängt werden kann, begründet weder bei klaren noch bei unsicheren Mehrheitsverhältnissen ein Haftungsrisiko einer Gewerkschaft bei Arbeitskampfmaßnahmen.

Einer anderen Gewerkschaft die Legitimation zu einem Streik abzusprechen ist etwas so unerhörtes, denn es spielt den Reaktionen dieser Republik, die unser Streikrecht kastrieren, in die Hände. Diese unsolidarische Haltung verurteilen wir aufs Schärfste und wir fordern Dich dazu auf, Deine Aussagen öffentlich zurückzunehmen und wieder auf den Boden der gewerkschaftlichen Grundhaltung zurückzukommen.

Ansonsten fällt uns nur mit Karl Valentin ein: „Selig sind die, die nichts zu sagen haben und dennoch schweigen.“

Wir Trambahnfahrer und ver.di-Mitglieder, die sich in der revolutionären Front zusammengeschlossen haben gezeichnet Christian Gorn

„Die Kriegsverbrecher BMW gehören auf die Anklagebank!“

Zwei Kollegen vor Gericht, die BMW aufs Dach gestiegen sind.

Nicht wir, sondern die Kriegsverbrecher BMW gehören auf die Anklagebank! Das war die Haltung, die zwei Kollegen, angeklagt wegen Hausfriedensbruch, vor Gericht vertraten. Sie waren im Juli 2020 im Zuge einer Protestaktion der Revolutionären Front gegen Entlassungen bei BMW mit einem Transparent auf das Vordach des BMW-Zylinders gestiegen. Darauf war für alle sichtbar zu lesen: „Die oder wir“. Nun saßen sie am 1. September vor Gericht. Sie berichteten über die Verbrechen des Konzerns während des Faschismus, mit denen die Eigentümerfamilie ihren Reichtum anhäufte. Über die 16.664 Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, die alleine in München

von BMW grausamst und oft bis zum Tod ausgebeutet worden sind. Sie berichteten über die Situation der Leiharbeiter heute, die von einem Tag auf den anderen eingestellt oder wieder entlassen werden, je nach Profitinteressen von BMW, wie einer der beiden Kollegen selbst erfahren musste. Nie wurden Quandt, Klatten und Co. zur Rechenschaft gezogen. Bis heute nutzen sie ungeschoren ihre Macht, um je nach Bedarf über die Existenz von Zehntausenden zu entscheiden. Doch zwei Arbeiter sitzen vor Gericht, weil sie BMW aufs Dach gestiegen sind.

Die Richterin anerkannte, dass die beiden dies nicht aus Jux und Tollerei taten,

sondern für „ein hehres Ziel“. Doch darum ginge es nicht. Es gehe darum, dass sie ohne Einverständnis von BMW, dem Eigentümer des Gebäudes, auf das Vordach gekommen seien und das erfülle eben den Straftatbestand des Hausfriedensbruchs.

Allerdings musste der Prozess vertagt werden, weil über ein Jahr lang offensichtlich nicht geklärt worden ist, ob derjenige, der Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet hat – ein Mann des Sicherheitsdienstes von BMW – dazu überhaupt berechtigt ist. ■gr

Wenn das System ruft

Der Aufsichtsratsvorsitzende von Siemens-Energy, Joe Kaeser, trifft Klimaaktivistin.



Foto: Aaron Karasek

Der Aufsichtsratsvorsitzende von Siemens Energy, Joe Kaeser, und die Klimaaktivistin von Fridays for Future (FFF), Luisa Neubauer, trafen sich neulich zu einem Videogespräch. Das wohl herausragendste Ergebnis war, dass die beiden sich duzten. „Hey Joe“ sagte die Sprecherin von FFF zwar nicht, aber nutzte doch das Du, Kaeser locker das „Luisa“. Das Geplänkel ging um Kohleausstieg 2030 und Nordstream, um Windräder und – um „die Schwachen“ (Neubauer), die von der Klimakrise am meisten betroffen seien.

Die seltsame Bekanntschaft entstand, als FFF gegen Siemens-Signalanlagen für Kohlezüge in Australien protestierte, was auch auf der Hauptversammlung des Konzerns ein Thema war. Darauf bot der Joe

der Luisa einen Aufsichtsratsplatz an, was sie ausschlug. Verständnisvoll bemerkte Kaeser dazu, sie müsse das tun, sonst sei sie „Bestandteil des Systems“.

Für das System, also das Siemens-Kapital, ist das Greenwashing, was Kaeser da betreibt – nämlich dem Siemens-Konzern einen grünen Anstrich verpassen. Ähnlich verfuhr Kaeser mit der Kanzlerkandidatin Baerbock, der er auf dem „Grünen Wirtschaftskongress 2021“ Unterstützung zusicherte. (Auf Draht berichtete)

Schon beim Klimapaket der Großen Koalition von September 2019 begab sich Neubauer mit einem Fuß in das System des Monopolkapitals. „Zu niedrig“ sei die CO2-Steuer, gab sie bekannt. Mit dieser – in Zukunft steigenden – Abgabe soll

die sogenannte Energiewende gefördert werden. Profiteur ist nicht zuletzt Siemens Energy mit seinen Windrädern. Die Lohnabhängigen werden mit der CO2-Abgabe über steigende Heizkosten und Fahrkosten zur Kasse gebeten, trotz angekündigter Kompensation. (Süddeutsche Zeitung, 2. September 2021: „CO2-Preis belastet Ärmere“)

Eine coole Show, die Kaeser rund um den Klimawandel da abzog. Er hat öffentlichkeitswirksam die vielen jungen Menschen rund um FFF vereinnahmt und versucht, sie ruhig zu stellen. Möge sein Vorhaben misslingen! ■krr



Gut Ding will Weile haben ...

Nach drei Jahren: Kinder und Jugendliche erkämpfen Spielplatz in der Parkstadt Schwabing.

Nach drei Jahren: Kinder und Jugendliche aus der Parkstadt Schwabing haben Erfolg in Bezug auf einen Antrag, den sie 2019 im 69. Kinder- und Jugendforum eingereicht haben, und der sich für eine kinder- und jugendgerechte Gestaltung eines Grünstreifens in der Parkstadt Schwabing stark macht.

„Sargstadt Schwabing“, „St. Öd“, „Öd-park“ oder auch „Langweilpark“, so wird ein 650 Meter langer und ca. 40 Meter breiter Grünstreifen, der im Münchner Norden zwischen der Nürnberger Autobahn (A9) und dem Wohngebiet Parkstadt Schwabing angelegt ist, von einigen Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers oft nicht ohne einen höhnischen Unterton bezeichnet. Direkt neben der Grünfläche befinden sich unter anderem die Firmensitze von Microsoft, Amazon, Osram, die DAV- und die CSU-Zentrale und noch viele weitere. Baulich eingeschlossen von o. g. Unternehmen, in denen täglich ca. 12.000 Menschen ihrer Lohnarbeit nachgehen, leben in der Parkstadt Schwabing aber auch noch ca. 4.000 Menschen, darunter viele Familien. Die einzige öffentliche Grünfläche, die Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels einfach und fußläufig erreichen können, ist das Spiel- und Sportgelände längs des Weißenhofwegs, wo auch eine soziale Einrichtung (das Familienzentrum) angesiedelt ist und offene Angebote für Familien bereitstellt.

Da die Bebauung des Quartiers immer noch nicht ganz abgeschlossen ist, wächst der Nutzungsdruck auf das Gelände stetig. Als Fläche würde sich der langgezogene Park zwischen den Firmengebäuden prinzipiell anbieten, wäre er nicht eine bemerkenswerte architektonische Fehlleistung.

Architektonische Fehlleistung

Der Park, gestaltet von Prof. Dr. Rainer Schmidt, bietet außer ein paar Rasenflächen leider keinerlei Aufenthaltsqualitäten, die den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner, den Kindern und Jugendlichen und selbst denen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entsprechen würden. Es gibt keine kommunikativen Sitzgelegenheiten, keine klassischen Spiel- und Sportplätze, die zur Bewegung animieren, keine Bänke, Tische, die zum gemütlichen Verweilen und Ratschen einladen. Lediglich eine überdimensionale Schaukel und eine riesige silberne Halbkugel sowie stilisierte Drehgeräte und Turnstangen, die aber als solche nicht oder nur schwer erkennbar sind. Es gibt keinen Kiosk, kein Café, keinen Brunnen, keine Tischtennisplatten oder Schachfelder oder Toilette. Der Park ist öde, einsam und unbelebt und wird von den meisten Menschen, die danach gefragt werden, als sehr langweilig bezeichnet. Vergeudeter wertvoller Raum also!

Diese Situation (Platzmangel einerseits

und nicht genutzter Park andererseits) haben im Frühjahr 2019 fünf Kinder und Jugendliche aus der Parkstadt Schwabing zum Anlass genommen, beim 69. Kinder- und Jugendforum mit der Unterstützung des Familienzentrums einen Antrag zu stellen, der die Umgestaltung des Parks fordert.

Basketballplatz, Tischtennisplatten, gemütliche Bänke waren unter anderem Bestandteile des Antrags, der am 24. Mai 2019 (!) im Gasteig von dem halbjährlich tagenden Kinderparlament durchgewunken wurde. Patinnen zur Durchsetzung der Forderungen waren Frau Föst-Reich vom BA 12 (FDP) und eine Verwaltungskraft aus dem Gartenbau, die dann mit den Kindern und Jugendlichen die Forderungen noch einmal in einen Antrag an die Stadtverwaltung ausformulierten. Der Antrag wurde dann über den BA 12 gestellt, und die Antwort aus der Stadtverwaltung war frustrierend.

Leider haben die Kinder und auch die jeweiligen Patinnen die Rechnung ohne den Architekten gemacht, der (man staunt!) das Urheberrecht auf Lebenszeit auf die Gestaltung dieses Geländes hat. Veränderungen also nur mit seiner Zustimmung. Es stellt sich die Frage, wie eine Kommune sich vorbehaltlos darauf einlässt, gerade in einer so schnell wachsenden Stadt wie München, in der inzwischen jedes Fleckchen öffentliches Grün optimal gestaltet

werden will. In den 90ern wehte da wohl noch ein anderer Wind in den Führungs- und Verwaltungsetagen der Stadtpolitik.

Steter Tropfen höhlt den Stein

Dann ging viel Zeit ins Land. (Die Mühlen mahlen langsam, wurde den Kindern auch gleich zu Beginn gesagt.) Und die Pandemie hat den Prozess weiter verzögert. Nun sind die Kinder inzwischen fast

Erwachsene und haben ihre Aktion zum Teil schon fast vergessen, doch durch regelmäßiges Nachhaken der Vertreterinnen der Kinder und Jugendlichen ist dann doch noch etwas in Gang gekommen. Im Juni 2021 war dann tatsächlich eine Begehung des Geländes mit Beteiligten des Gartenbaus, des Unterhalts und dem Architekten sowie den inzwischen Jugendlichen und

zwei Bezirksausschuss-Mitgliedern, Frau Föst-Reich und Herrn P. Wolf mit dem Ergebnis, dass noch in diesem (!) Jahr 4 Tischtennisplatten, Bänke, Tische, und ein Container mit mobilen Spielgeräten, die eigenverantwortlich und temporär genutzt werden können, angeschafft werden. Es zeigt sich wieder mal: Steter Tropfen höhlt den Stein! ■MC

Veränderung braucht Druck von unten

Viele, insbesondere junge Menschen, setzen ihre Hoffnungen zu einer politischen Wende auf die Grünen und wollen ihnen bei der Bundestagswahl ihre Stimme geben.

Nachdem die Spitzenkandidatin Anna-Lena Baerbock demontiert ist, sind die Chancen der Grünen auf das Kanzleramt ausgesprochen klein. Doch gerade für junge und klimabewegte Menschen ist Grün die Hoffnung. Eloquent treten deren Spitzen auf, von eben jener Baerbock über Habeck bis Özdemir und Roth. Doch hält die grüne Führungsspitze ihre Versprechen? Es ist davon auszugehen: Nein! Folgend ein paar Beispiele.

Beispiel Friedenspolitik

Die einst aus der Friedensbewegung hervorgegangene Partei stimmte 1999 dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von NATO und Bundeswehr gegen Serbien zu – Belgrad wurde zum dritten Mal von deutschen Truppen militärisch angegriffen. Joschka Fischer verglich den serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic mit dem deutschen Massenschlächter Adolf Hitler und rechtfertigte damit den Überfall. Die grünen Bundestagsabgeordneten Özdemir und Lindner schrieben in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 13. Juni 2019 dazu: „Unter dem Strich hat diese Entscheidung 1999 uns als Friedenspartei gefestigt. Es braucht als äußerstes Mittel auch den Einsatz des Militärs, damit Deutschland und Europa ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden.“ Serbische Menschen mussten sterben, um deutschen Einfluss in einer Vielzahl kleiner und abhängiger Staaten sicherzustellen – und der albanischen UCK wurde ein Umschlagplatz für Menschenhandel und Rauschgift auf dem Balkan ermöglicht.

Dass der Baerbock-Co. Habeck dann kürzlich in der Ukraine mit Stahlhelm posierte und Waffen für das Regime forderte, verwundert nicht angesichts grüner Friedenspolitik in der Praxis und zeigt doch nur, wie schnell ihre eigene Programmatik in die Tonne getreten wird: „Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete ...“ steht eigentlich in ihrem Wahlprogramm-Entwurf.

Wie keine andere Partei z.B. engagieren sie sich gegen China und Russland und für eine Vertiefung der transatlantischen Bande. Die grüne Führung hat sich zu konsequenten Vertretern imperialistischer Strategien entwickelt. Im Bundestag gibt es keine andere Partei, die derart geschlossen, umfassend und nachdrücklich darauf orientiert, Nord Stream 2 zu stoppen. Im Vergleich dazu sind z.B. Union und SPD tunlichst darauf bedacht, trotz aller transatlantischen Treue, an Nord Stream 2 festzuhalten. Ähnlich ist die Geschlossenheit auch bei den Russland-Sanktionen: Selbst in der Union gibt es nicht unbedeutende Stimmen wie den sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer, der sich in der Vergangenheit für die Aufhebung von Russland-Sanktionen aussprach. Ein solches Meinungsspektrum wird bei den Grünen NATO-Falken nicht geduldet.

Beispiel Demokratie

2011 flog die Mörderbande NSU auf. Sie ermordeten zwischen 2000 und 2007 10 Menschen, verübten 43 Mordversuche, drei Sprengstoffanschläge (Nürnberg 1999, Köln 2001 und 2004) und 15 Raubüberfälle. Die Zahl der an den Taten Beteiligten und ihrer lokalen, überregional vernetzten Unterstützer ist umstritten. Ihr Umfeld wird auf 100 bis 200 Personen geschätzt, darunter Agenten verschiedener Verfassungsschutzbehörden. Transparenz bei der Aufklärung täte not. In Hessen lehnten die Grünen zunächst die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemeinsam mit der CDU ab, um dann die Akten des hessischen Untersuchungsausschusses für 120 Jahre sperren zu lassen. Einsicht frühestens im Jahre 2134 möglich.

Seit 2019 ist das sogenannte „Hau ab“-Gesetz in Kraft. Pro Asyl schreibt dazu: „Der Fokus des »Migrationspakets«, insbesondere des Hau-ab-Gesetzes (Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht), liegt auf dem Themenbereich der Abschiebung. In der öffentlichen Debatte

wurde mit einem vermeintlichen ‚Vollzugsdefizit‘ Stimmung dafür gemacht, härtere Regeln zur Durchsetzung der Abschiebung durchzusetzen. Tatsächlich erfolgt dies auf einer falschen Zahlengrundlage, auch eine echte Evaluation der bisher geltenden Regeln ist nicht erfolgt. Durch das nun in Kraft getretene Hau-ab-Gesetz wird es erschwert, ein Attest für ein Abschiebungsverbot zu bekommen, die Polizei darf ohne richterlichen Beschluss eine Wohnung zur Abschiebung »betreten«, die Inhaftnahme zur Abschiebung wird vereinfacht, Abschiebungshaft kann nun in regulären Gefängnissen durchgeführt werden und der gesamte Ablauf der Abschiebung gilt als Dienstgeheimnis.“ Die grün regierten Bundesländer stimmten zu, und konsequenterweise strich Schleswig-Holsteins (das Heimatland von Habeck) Finanzministerin Monika Heinold 17 Millionen Euro aus dem Haushalt beim Posten „Integration Geflüchteter.“

Dass die Mehrzahl der grünen Mitglieder eine andere Migrationspolitik befürwortet, interessiert so manchen grünen Funktionär offenbar wenig.

Beispiel Umweltpolitik

Umweltpolitik ist ihre angebliche Kernkompetenz. Vor zwei Jahren gab Baerbock die Richtung vor und versprach dem Bundesverband der Deutschen Industrie: „Ich drohe nicht mit neuen Grenzwerten (...), sondern will die Standorte der Industrie in Europa gemeinsam sichern.“ Also wird munter mit den größten Umweltverschmutzern paktiert und im täglichen Betrieb wenig opponiert – das Gegenteil ist oft der Fall. Die Mitglieder des grünen Wirtschaftsbeirat lesen sich wie das who is who des Kapitals. U. a. ist der Vorstandsvorsitzende des Umweltgifte produzierenden Chemiegiganten BASF, Martin Brudermüller, vertreten. Dass der grüne Ministerpräsident Kretschmann als Fürsprecher der

► Fortsetzung von Seite 1

Veränderung braucht Druck von unten

baden-württembergischen Autoindustrie, Daimler-Benz und Porsche z.B., auftritt oder Wolfgang Rzehak, Landrat in Miesbach, bei der Zerstörung der Berge durch Schneekanonen oder Speicherseen und der Genehmigung von Golfplatz-Bauten zusieht, verwundert nicht mehr.

Der Münchner Stadtrat hat kürzlich u.a. auf Antrag von Linkspartei und CSU über

die Einführung eines 365-EUR-Jahresticket für den Öffentlichen Nahverkehr beraten, nach Wiener Vorbild. Und die Stadtratsmehrheit aus Grünen und SPD hat das – mit der Argumentation, das müsse das Land eben bezahlen – abgelehnt. Das ist die gleiche grüne Stadtratsmehrheit, die die politische Verantwortung dafür trägt, dass die Klimaaktivisten im Forst Kasten

in Neuried geräumt wurden. Sie hatten dort zwei Bäume besetzt, um die Rodung von zehn Hektar Wald zugunsten einer Kiesgrube zu verhindern. Das betroffene Waldstück ist, zumindest bisher, ein Naturschutzgebiet.

Politische und soziale Veränderungen sind nur durch Druck aus dem Betrieb und auf der Straße möglich. Deshalb: Werdet aktiv. Kämpft mit den Kommunisten für Veränderung. ■ RW



In Sonntagsreden und Programmen für die Kommunalwahl setzen sich viele Politiker*innen und fast alle Parteien in München für die Einführung eines 365 €-Tickets ein. Als der entsprechende Antrag im Juni 2021 im Stadtrat behandelt wurde, stimmten aber ausgerechnet die Regierungsparteien Grüne und SPD gegen das Vorhaben. Stattdessen stiegen die Preise im MVV-Raum im Jahr 2020 um knapp 3 Prozent. Das wollen wir ändern. Daher fordern wir mit diesem Bürgerbegehren die Einführung eines jährlichen 365 €-Mobilitätspasses für alle Münchner*innen im Stadtgebiet München als ersten Schritt für eine soziale und ökologische Verkehrswende in München. Damit wollen wir nicht bis 2035 oder länger warten. Wir wollen nicht zusehen, wie wachsender Autoverkehr die Straßen verstopft und unsere Atemluft gänzlich verpestet.

Nach Nürnberg nun auch in München

Unterstützt das Bürgerbegehren für ein 365-Euro-Ticket!

www.365mvg.de
buergerbegehren@365mvg.de

Kubas sozialistische Demokratie

Wahlen hier und Wahlen dort: ein Systemvergleich.

Auf Kuba sind alle Bürgerinnen und Bürger ab dem 16. Lebensjahr wahlberechtigt. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich auf Kuba zur Wahl stellen. Egal ob sie oder er Mitglied der kommunistischen Partei, der Gewerkschaften, einer anderen Massenorganisation ist oder nicht. Auf Kuba werden die Kandidatinnen und Kandidaten, die zur Wahl stehen, nicht von Parteien nominiert, sondern direkt vom Volk selbst. In Wählerversammlungen, in den Betrieben, in ihrem Wohnviertel, an der Universität etc. müssen sie um das Vertrauen der Menschen werben und werden dann zur Wahl aufgestellt oder auch nicht. So werden 50 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten direkt und unmittelbar von den Wählerinnen und Wählern nominiert. Die anderen 50 Prozent werden von den gesellschaftli-

chen Massenorganisationen, wie z.B. den Gewerkschaften oder den Frauenorganisationen aufgestellt. Auch hier müssen die Kandidatinnen und Kandidaten das Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder der jeweiligen Organisation gewinnen, um als einer ihrer Kandidatinnen und Kandidaten nominiert zu werden. Die Kommunistische Partei selbst darf keine eigenen Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen! Jede Kommunistin und jeder Kommunist, die oder der sich für ein Abgeordnetenmandat zur Wahl aufstellen lassen will, muss sich vorher erst einmal das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler, der Kolleginnen und Kollegen, seiner Mitschülerinnen und Mitschüler, der Mehrheit der Studierenden an seiner Universität etc. erarbeiten. Wahlwerbung, auf der dem Volk von bunten Plakaten große Versprechungen

von einzelnen Kandidierenden gemacht werden, gibt es auf Kuba nicht. Lediglich ein Foto zusammen mit dem Lebenslauf jeder Kandidatin und jedes Kandidaten wird ausgehängt. Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten, was sie gedenken, gegen dieses oder jenes Problem zu tun, müssen sie in für jeden frei zugänglichen Wählerversammlungen beantworten. Auch nachdem sie gewählt wurden, müssen sie dem Volk regelmäßig Rede und Antwort stehen. Die Abgeordneten auf Kuba sind ihren Wählerinnen und Wählern verpflichtet. Sie können nicht nur alle paar Jahre, sondern jederzeit, wenn sie das Vertrauen des Volkes verlieren, vom Volk abberufen werden. Die Arbeit als Abgeordnete bzw. als Abgeordneter erfolgt ehrenamtlich. Politische Verantwortung zu tragen verschafft einem auf Kuba weder Privilegien noch

Reichtum. Die allermeisten Abgeordneten gehen weiterhin ihrer beruflichen Tätigkeit nach und werden für ihre Abgeordneten-Tätigkeit, z.B. die Teilnahme an Sitzungen des Kommunalparlamentes, lediglich zeitweise freigestellt. Ein Abgeordneter erhält auf Kuba den durchschnittlichen Arbeiterlohn für seine politische Tätigkeit. Die beiden Verfassungen Kubas, die von 1976 und die neue Verfassung, die im Jahr 2019 die alte ablöste, sind durch breite

demokratische Diskussion im Volk, mit zigtausenden Änderungsanträgen aus dem Volk, zustande gekommen und in direkter Abstimmung durch das Volk angenommen worden. Ebenso verhält es sich mit vielen Gesetzen, die auf Kuba durch das Volk vorbereitet, in breiter öffentlicher Debatte diskutiert und beraten werden. Zum Vergleich: Über das Grundgesetz oder eine Grundgesetzänderung durfte das Volk in der BRD nie abstim-

men. Volksentscheide auf Bundesebene sind ausdrücklich nicht vorhergesehen. Auf Kuba „klammert“ sich kein „Regime“ an die Macht, sondern der kubanische sozialistische Staat zeichnet sich durch das aus, was das Wort „Demokratie“ wortwörtlich übersetzt bedeutet: Die Herrschaft des Volkes. ■*ma*

Kuba ist ein sozialistisches Land. Im Sozialismus üben die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Kräfte, z.B. die Bauernschaft und die werktätige Intelligenz, die Macht aus. Die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre marxistisch-leninistische Partei ist die führende politische Kraft in einem sozialistischen Land. Die politische Macht der Arbeiterklasse und die führende Rolle ihrer Arbeiterpartei hat die Aufgabe, zu verhindern, dass die Kapitalisten wieder die Macht an sich reißen. Die führende Rolle der Arbeiterklasse ist der Garant für eine umfassende Volksdemokratie, die um ein Vielfaches demokratischer ist als die freiesten westlichen kapitalistischen Demokratien.



Quartiersversammlung und Debatte in Kuba – immer in der Basis

- Ich will die *Auf Draht* gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Brandstifter als Brandbekämpfer

Die Ursachen für die Katastrophe in Afghanistan sind hier zu finden.

Angesichts der Bilder von Massen verzweifelter Menschen auf dem Kabuler Flughafen, die mit dem chaotischen Abzug der letzten Soldaten der westlichen Großmächte nach einer Fluchtmöglichkeit vor den Taliban suchten, fragten sich auch manche Friedensfreunde hier, ob nicht eine Verlängerung der Besetzung die weniger schlimme Alternative wäre. Schließlich hatten die Besatzungsmächte, allen voran die Bundesregierung, für diesen Einsatz der Bundeswehr zunehmend mit hehren Zielen wie Bildung für alle und Frauenrechte geworben. Und nun ist man wieder da angelangt, wo man vor der Militärintervention der USA und ihrer Verbündeten bereits war: Die Taliban mit ihrem ultrareaktionären, nicht nur die Frauen unterdrückendem Herrschaftsprogramm, übernehmen wieder die Macht.

Die folgenden kleinen Schlaglichter zeigen, dass dies nichts anderes bedeuten würde, als die Brandstifter zur Brandbekämpfung zu rufen.

I„Die Privilegien, die Frauen rechtlich zustehen, sind gleiche Bildung, Arbeitsplatzsicherheit, Gesundheitsversorgung und freie Zeit, um eine gesunde Generation für den Aufbau der Zukunft des Landes aufzuziehen. Bildung und Aufklärung stehen ab jetzt im Mittelpunkt der Regierungsarbeit.“¹ Diese Zeilen standen am 28. Mai 1978 in der New Kabul Times, geschrieben von Anahita Ratebzad, Kommunistin und nach der volksdemokratischen Aprilrevolution 1978 in Afghanistan zur Sozialministerin ernannt.

Doch die imperialistischen Mächte, die Monopolherren und ihre Regierungen und Geheimdienste, wollten damals alles andere als ein volksdemokratisches Afghanistan, das sich eine Zukunft unabhängig von ihrem Zugriff erkämpft. Die rückwärtsgewandten Kräfte in Afghanistan, einem der ärmsten, kaum industriell entwickelten Länder der Welt, wurden fleißig unterstützt, das Land in einen Bürgerkrieg getrieben. Als sich dann die Regierung um Unterstützung an die Sowjetunion wandte und diese 1979 Truppen entsandte, wurden diese reaktionären Kräfte mit allen Mitteln gegen das fortschrittliche Afghanistan und die Sowjetunion aus- und hochgerüstet. Das wurde nicht nur von den damals an der Spitze des Kampfes der imperialistischen Staaten gegen den Sozialismus stehenden USA betrieben, sondern auch von Westdeutschland. Einheimische islamistische Mudschaheddin wie auch bis zu 20.000 Kämpfer aus arabischen Staaten wurden von den westlichen Geheimdiensten mit Geld und Waffen versorgt und in Lagern trainiert. Hinter dem Rücken der westdeutschen Öffentlichkeit, jenseits von Recht und Gesetz bildeten z.B. GSG 9 Beamte arabische Freiwillige am Hindukusch



Eine sowjetische Lehrkraft unterrichtet eine Klasse am polytechnischen Institut in Kabul – und bringt die afghanischen Studentinnen und Studenten auf den damaligen Stand der Computertechnologie. An afghanischen Hochschulen gab es viele sowjetische Dozenten.

im Kampf gegen das fortschrittliche Afghanistan und die Sowjetunion aus.² Nach 10 Jahren musste sich die Sowjetunion zurückziehen. Ein Jahr später wurde die volksdemokratische Regierung von den vorrückenden Feudalherren und Kriegsfürsten gestürzt. Das Elend, die Unterdrückung, die die volksdemokratischen Kräfte doch durch Landreform, wirtschaftlichen Aufbau und Ausbau der Infrastruktur sowie Bildung für alle, gerade begannen zu beseitigen, kehrten nur noch schlimmer zurück. Sozialistische und andere fortschrittliche Kräfte mussten ins Ausland fliehen, wie auch Anahita Ratebzad. Das Land versank in den Kämpfen rivalisierender Kriegsfürsten, bis 1996 die Taliban die Macht übernahmen, die Scharia als Gesetzesgrundlage einführten, den letzten Präsidenten der volksdemokratischen Regierung, Mohammed Nadschibullah, ermordeten und zur Abschreckung an einen Betonpfahl hängten.

IIAls der damalige Bundeskanzler Schröder (SPD) nach dem Angriff islamistischer Kräfte auf das World Trade Center im September 2001 den USA seine „uneingeschränkte Solidarität“ im Kampf gegen den Terror erklärte, war von Frauenrechten und Bildung in Afghanistan noch keine Rede. Es ging um etwas ganz anderes. Die Frankfurter Rundschau schrieb damals in seltener Offenheit: „Was Fischer (damaliger Außenminister von den Grünen, die Verfasserin) und ... Schröder in Asien wollen, ist Präsenz zeigen. Dabei sein ... möglichst auf den vorderen Plätzen. ... Fischers hoher Anspruch ist es, im veränderten globalen Kräftespiel eine ernst genommene, ausgleichende Rolle zu spielen.“³ Nicht zu kurz zu kommen im Konkurrenzkampf um die Herrschaft über diesen Planeten bis in die hintersten Winkel, um Einflusszonen und Rohstoffe, das

war es, was die Bundesregierung antrieb, sich an dem Krieg der USA in Afghanistan zu beteiligen.

IIIRund 250.000 Menschen starben in diesem Krieg, viele davon Zivilisten. Das Land ist weitgehend zerstört. Die von den afghanischen Marionetten-Regierungen auf Druck der imperialistischen Staaten durchgesetzten Maßnahmen, wie Senkung der Zölle und ähnliches, zerstörten die eh kaum vorhandene einheimische Industrie. Ausländische Waren überschwemmten das Land und ruinierten auch die Bauern. Einzig der Drogenanbau und -handel blüht. Die Armut ist größer als zu Beginn der Militärintervention 2001. Fast 55 Prozent der afghanischen Bevölkerung lebten bereits 2016 unter der Armutsschwelle, die Arbeitslosenrate ist eine der höchsten weltweit. So wurde der Nährboden geschaffen, auf dem die Taliban wieder Rückhalt in Teilen der Bevölkerung erobern konnten.

Das ist das Ergebnis von 20 Jahren Krieg und Besetzung. Das Ergebnis des weltweiten Kampfes der Kapitalisten und ihrer Staaten gegen den Sozialismus und ihres Kampfes untereinander um die Beherrschung der Welt.

Afghanistan ist ein eindringliches Beispiel dafür. Den Kriegstreibern in unserem Land die Macht zu entreißen, das ist es, wofür wir hier kämpfen und uns organisieren müssen. Sozialismus oder Barbarei – so steht die Alternative nach wie vor. ■gr

1 Zitiert nach junge Welt vom 26. August 2021: „Das Gesicht eines neuen Afghanistan“

2 siehe dazu www.german-foreign-policy.com (gfp): „Der Krieg kehrt heim (II)“, vom 12. Januar 2015

3 Frankfurter Rundschau vom 25. Oktober 2001, zit. nach german-foreign-polica.com: „Deutschland führt die Wiederaufbauhilfe an“